



FAZIT

Wirtschaft und mehr. Aus dem Süden.



Inflationäre Empörung

Fazitgespräch mit
Eva Glawischnig



März 2012 **Spekulation. Übles Geschäft mit den Rohstoffen**
Kroatien wird neues Mitglied in der EU
Missglückter Skandalversuch im Schauspielhaus

Wir geben der Steiermark Qualität und Sicherheit.



Mag. (FH) Max Mustermann MSc
Vorname/Name

**Österreich Immobilienmakler
Muster GmbH**
Name des Unternehmens/Immobilienstreuhänders

Geschäftsführer
Stellung im Unternehmen

Wien
Standort

AT01005289
Treuhand-Nummer

FN299287d
Firmenbuchnummer

2012/13
Gültig bis



Die ImmobilienCard ist die offizielle
Legitimation der Immobilienstreuhänder und
unterstreicht ihre Beratungskompetenz gegenüber
dem Kunden bei allen Immobiliengeschäften.

www.immobiliencard.at

Körblergasse 111-113, A-8021 Graz
Tel: +43 (0)316 601-511, Fax: +43 (0)316 601-405
E-Mail: immo@wkstmk.at, www.immo707.at

BAUTRÄGER. MAKLER. VERWALTER.
**WIR GEBEN DER
STEIERMARK
EIN ZUHAUSE.**
WWW.IMMO707.AT



Z A H L D E S M O N A T S

0,3

So groß ist der prozentuale Anteil, um den sich die Pensionen im sogenannten Sparpaket reduzieren. Verteilt auf die nächsten drei Jahre. Wer sich also schon Richtung Ruhestand verabschiedet hat, muss nichts fürchten, nur jene, die noch in Lohn und Brot stehen und mit ihren Sozialversicherungsbeiträgen dafür sorgen, dass sich das System noch ein paar Jahre weiter erhält. Die 1,4 Milliarden, die auf diesem Weg gespart werden sollen, machen immerhin vier Prozent dieses Bereiches aus. Der relative Sparmeister ist das Außenministerium. Dort sind es zwar nur 200 Millionen, die eingespart werden sollen, das sind aber immerhin über zwölf Prozent der bisherigen Ausgaben. *-mt-*



GRAZ, LEIBNITZ	97,9
GRAZ NORD, GRATKORN	102,1
HARTBERG	102,2
FELDBACH, FÜRSTENFELD	100,4
GLEISDORF	95,9
WEIZ	100,9
VOITSBERG	103,0
DEUTSCHLANDSBERG	106,6

8



Spekulation. Mit dem Essen spielt man nicht

Während die europäischen Staatschefs noch immer über minimale Finanztransaktionssteuern diskutieren, tun sich längst neue und größere Problemfelder auf. Die Investoren auf den Finanzmärkten haben physische Rohstoffe entdeckt und machen auch vor Lebensmitteln nicht halt.

24



Eva Glawischnig im Fazitgespräch

Eva Glawischnig hat so viele Rücktritte gefordert, dass sie nicht mehr weiß, wie viele es genau waren. Kein einziges Mal, das ist evident, mit Erfolg. Das Fazitgespräch mit der Bundessprecherin der Grünen über inflationäre Rücktrittsforderungen und die Suche nach dem grünen Wähler.

38



Kroatien wird Mitglied der Europäischen Union

Im Juli 2013 wird Kroatien der Europäischen Union beitreten. Die österreichische Handelsdelegation sieht in diesem nächsten Erweiterungsschritt vor allem Vorteile für österreichische Exporteure. Im Land selbst lässt die geringe Wahlbeteiligung jedoch keine EU-Euphorie aufkommen.

34 Das Bewusstsein der Freiheit schwindet

Wird uns die Freiheit immer weniger wichtig, je mehr wir davon haben? Vor allem in den letzten Jahrzehnten ortet Ökonom Erich W. Streissler eine Abnahme des Bewusstseins über den Wert von Freiheit. Das Gespräch, das für eine Publikation der Julius-Raab-Stiftung geführt wurde, liegt Fazit zum exklusiven Vorabdruck vor.

36 Zehn Jahre Stadthalle

Seit 2002 ist die Stadthalle aus dem Grazer Veranstaltungskalender nicht mehr wegzudenken. Dabei hat sich die Stadthalle nicht nur als wichtiger Veranstaltungsort, sondern auch als Wirtschaftsmotor entpuppt.

42 Herausforderung Bevölkerungswachstum

Das ständige Ansteigen der Bevölkerung sowie die höhere Lebenserwartung ziehen gravierende und schwer abschätzbare Auswirkungen auf Sozialsysteme und Ökologie unseres Planeten nach sich. Der Mariazeller Dialog hat sich diesen Herausforderungen gewidmet.

50 Erneuerbare Energien boomen im Bau

Die Grazer Häuslbauer-Messe erwies sich mit ihren rund 470 Ausstellern aus elf Nationen wieder einmal als Publikumsmagnet mit Indikatorfunktion für die gesamte Branche. Über 40.000 Menschen informierten sich über die Themen Bauen, Sanieren und Energie.

58 Ein Koreaner für Europa: Der Korando C

Der Korando C, der sich mit seinem Vorgänger lediglich den Namen teilt, ist das neue Highlight von Ssangyong. Neben ansprechendem Design punktet der neue Geländekoreaner mit Technik- und Komfortfeatures.

INTERN



BLICK NACH SÜDEN Südosteuropa, der sogenannte Balkan, ist eine der spannendsten Regionen unseres Kontinents. Wirtschaftlich und politisch zeichnet sich die Region durch eine Mischung aus Aufbruch und Depression aus. Unser Redakteur Michael Neumayr wird in Zukunft für Fazit regelmäßig von Sarajevo (im Bild) aus über die Entwicklungen in Südosteuropa berichten. Für die aktuelle Ausgabe ist er nach Agram (Zagreb) gereist, um den bevorstehenden EU-Beitritt Kroatiens, über den die Kroaten am 22. Jänner abgestimmt haben, zu analysieren.

RUBRIKEN

3 Zahl des Monats	34 Recht haben
5 Zum Thema	40 Zur Lage
6 Editorial, WebWatch	54 Gut geplant
14 Politicks	60 Mist und Musts
16 Innovationsporträt	60 Kultur Undsoweiter
30 Investor	62 Impressum, Schluss

Die Grenzen des Marktes

Die Angst ums Geld treibt viele Anleger zu Sachwerten. Dazu zählen nicht nur Immobilien, Edelmetalle oder Aktien, sondern immer öfter auch klassische Rohstoffe und Nahrungsmittel. Doch Verbrauchsmaterialien locken nicht nur sicherheitsorientierte Anleger. Die Industrie muss ihre Rohstoffversorgung mit Futures absichern. Das ermöglicht Hebelgeschäfte, bei denen selbst geringe Preisänderungen hohe Gewinne und natürlich auch Verluste auslösen können. Wer einen Trend richtig vorhersieht, kann in kurzer Zeit enorme Gewinne machen.



Betrachten wir etwa die Rahmenbedingungen auf dem Markt für Rohöl: Mit der Weltwirtschaft wächst auch der Ölverbrauch. Durch die Unruhen in Nordafrika und den sich aufschaukelnden Konflikt mit dem Iran könnten die Preise kurzfristig durch die Decke schießen. Die Industriemanager versuchen daher ihre Versorgung und einen für sie erträglichen Ölpreis mit Futures sicherzustellen. Damit steigt die Nachfrage, obwohl vorerst gar nicht mehr Öl verbraucht wird. Die Preise ziehen an und ein Markttrend wird verstärkt. Dieser Trend wird natürlich auch von der Finanzindustrie wahrgenommen. Es werden daher entsprechende Produkte kreiert. Und zwar für sicherheitsorientierte Anleger, die mit den Preisanstiegen linear mitverdienen wollen, aber auch für risikobereite Investoren, die mit Hebelprodukten aus einem Prozent Preissteigerung schon einmal fünf oder gar zehn Prozent Gewinn realisieren können.

Auf diese Art wurden im Jahr 2003 weltweit 13 Milliarden Dollar in Rohstoffgeschäfte veranlagt. 2011 sollen es bereits 600 Milliarden Dollar gewesen sein. Diese gewaltigen Spekulationssummen haben natürlich Auswirkungen auf die Preise. Das Öl wird also noch teurer und damit alle Produkte zu deren Herstellung Öl benötigt wird. Damit können findige Finanzmanager weitere Trends begründen. Und so lässt sich auch auf den Lebensmittelmärkten wunderbar verdienen: Mit Index- und Agrar-Fonds etwa kann man mit Essen so einfach handeln wie mit Aktien. Während eine zehnprozentige Preiserhöhung bei Nahrungsmitteln einem durchschnittlichen Europäer wahrscheinlich relativ egal sein kann, weil er ohnehin nur acht bis 15 Prozent seines Einkommens für das Essen ausgibt, können die Folgen für jemanden, der in einem Entwicklungsland leben muss, fatal sein. Dort geben die Menschen durchschnittlich 80 Prozent ihres wenigen Geldes für Nahrung aus.

Eine direkte Konsequenz dieser Spekulationen: Die Zahl der Hungernden stieg in den letzten Jahren jährlich um 75 Millionen auf rund eine Milliarde Menschen! *Johannes Tandler*

Sie erreichen den Autor unter johannes.tandler@wmedia.at

Es geht steil bergauf! Vielleicht schaffen wir es.



Von **Christian Klepej**

Österreichs Innenpolitik versinkt im Sumpf. Zumindest wenn es nach den 200.000 Telekom-E-Mails geht, die – aus welchen dubiosen Quellen auch immer – vom Magazin News nun stückweise veröffentlicht werden. Dass bis dato kaum rechtlich relevante Vorwürfe herauszulesen sind, spielt dabei eine nur untergeordnete Rolle. Offenbar wird, dass die Bundes-ÖVP den halbstaatlichen Konzern als Selbstbedienungsladen angesehen hat, um die eigene Klientel zu bedienen. Weiters ist zu befürchten und in zahlreichen Fällen ja auch schon evident, dass es die Bundes-SPÖ ähnlich mit den Österreichischen Bundesbahnen gehandhabt hat. Wie auch immer, sind diese Zustände nicht mehr zu ertragen. Österreich, die österreichische Parteienlandschaft braucht einen Neustart. SPÖ und ÖVP täten gut daran, sich neu aufzustellen, überkommene Strukturen zu reformieren und endlich im 21. Jahrhundert anzukommen. Dazu ist natürlich ein Gewaltakt notwendig, der beinahe unmöglich erscheint. Beinahe?

Ja, weil SPÖ und ÖVP in der Steiermark gerade aufzeigen, dass es möglich ist. Bis 1995 regierte die ÖVP und sie tat dies gut. Nach Josef Krainer aber begann eine Phase der Entpolitisierung der Politik in diesem Land, die 2005 mit dem wenig überraschenden Verlust des Landeshauptmannes endete. Danach brauchte es fünf verlorene Jahre, bis sich Franz Voves und Hermann Schützenhöfer in der Reformpartnerschaft für Steiermark zusammengetan haben und seitdem so agieren, wie es eine moderne Demokratie verdient. Sie treffen Entscheidungen, sie setzen Akzente. Im letzten Detail können diese Entscheidungen nicht immer die absolut richtigen sein, der eine oder andere wird diese zu Recht kritisieren. Wenigstens fallen aber Entscheidungen. Und wenn wir etwa das dieser Tage vorgestellte Reformpaket für den Landesdienst anschauen, dann kann man absehen, dass der Weg, den die Steiermark nach der Wahl 2010 eingeschlagen hat, ein im Großen und Ganzen richtiger ist.

Das genaue Gegenteil ist im Bund der Fall. Und wenn da immer öfter aus Wien zu hören ist, man möge die Länder abschaffen, dann kann man darüber reden. Sicherlich. Zuvor aber ist der Wiener Landtag sofort um die Hälfte zu kürzen – dieser besteht aus 100 Abgeordneten! – und bis sich eine Bundesregierung konstituiert, die auch nur annähernd in der Lage erscheint, den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen zu sein, sollte man überhaupt eher ein »Los von Wien« überlegen, als eine der wenigen operativ tätigen Regierungen in dieser Republik infrage zu stellen. *Christian Klepej, Herausgeber*

Sie erreichen den Autor unter christian.klepej@wmedia.at

Junge und urbane Geschichten aus dem Grazer Annenviertel

Das Stiefmütterchen unter den Grazer Stadtvierteln wird momentan zwar von einer Baustelle geplagt, medial ist das Annenviertel aber gut betreut. Nachwuchsjournalisten der FH Joanneum haben mit der »Annenpost« eine liebenswerte Sammlung von Geschichten und Interviews über den Mikrokosmos zwischen Hauptbahnhof und Innenstadt aufgebaut. Interviews, die öffentlich in der Bim geführt werden, haben zwar technisch ihre Tücken, aber mehr Reiz als die letzten Kratky-Folgen. ■



annenpost.at
Jungjournalisten der FH zeigen auf, was diese Stadt zu bieten hat.

Digitaler Anhalter als Autostopper für die Zukunft

Die Zeiten, in denen bei Autobahnauffahrten Autostopper stehen, könnten bald vorbei sein. Immer mehr Online-Plattformen vermitteln Fahrgemeinschaften, eine der größten ist »mitfahrgelegenheit.at«. Die Preise sind deutlich günstiger als bei öffentlichen Verkehrsmitteln. So schlägt das System etwa für die Reise von Graz nach Salzburg 15 Euro vor. Für so manchen Studenten – ob Mitfahrer oder Anbieter – eine ideale Möglichkeit die Reisekosten niedrig zu halten. ■



mitfahrgelegenheit.at
Günstig und stressfrei durchs Land. Ganz ohne Abenteuer, dafür mit neuen Gesichtern.

Ersurfenswerte Webseiten zusammengestellt
 von Christian Klepej, Michael Neumayr und Michael Thurn

Stell Dir vor, es ist Stau und keiner bildet eine Rettungsgasse

Seit 1. Jänner dieses Jahres ist ja auf Österreichs Autobahnen bei Staugefahr die Bildung einer »Rettungsgasse« Pflicht. Dabei müssen Autofahrer der linken äußeren Spur ganz nach links und alle anderen ganz nach rechts fahren. In der Praxis funktioniert das noch nicht ideal. »Rettungsgasse.com«, ein Webservice der Asfinag, bietet ausführliche Informationen, Broschüren (zum Runterladen) und auch Schulungsvideos, um im Fall der Fälle richtig auf gefährliche Verkehrsbedingungen reagieren zu können. ■



rettungsgasse.com
 Alle notwendigen Infos rund
 um die neue Rettungsgasse in
 übersichtlicher Form.

Modernes Projektmanagement in der Wolke

Bisher war »Wunderlist« bekannt für die Verwaltung von Aufgabenlisten (To-Do-Lists). Kürzlich hat das deutsche Unternehmen »6Wunderkinder« nun Wunderlist weiterentwickelt und »Wunderkit« – ein umfangreiches Projektmanagementtool – aus der Taufe gehoben. Aufgaben können verschiedenen Gruppenmitgliedern zugeteilt und bestimmte »Meilensteine« der Projektphase auch veröffentlicht werden. Die aktuelle Beta-version ist kosten-, die vielen Wunder im Namen ein bisschen einfalllos. ■



wunderkit.com
 Aus den Aufgabenlisten
 wurde ein umfangreiches
 Projektmanagementtool.



**OPEN
 HOUSE
 2012**

KAPFENBERG
 FREITAG, 16. März 2012
 09:00 – 17:00 Uhr

BAD GLEICHENBERG
 SAMSTAG, 17. März 2012
 09:00 – 15:00 Uhr

GRAZ
 SAMSTAG, 24. März 2012
 09:00 – 15:00 Uhr

Programme unter www.fh-joanneum.at

FH JOANNEUM Graz
 Alte Poststr. 147-154 und Eggenberger Allee 11+13, 8020 Graz

FH JOANNEUM Kapfenberg
 Werk-VI-Str. 46, 8605 Kapfenberg

FH JOANNEUM Bad Gleichenberg
 Kaiser-Franz-Josef-Str. 24, 8344 Bad Gleichenberg

E-Mail: info@fh-joanneum.at, www.fh-joanneum.at



Mit dem Essen spielt man nicht **SPEKULATION**

Wenn die Angst vor der Inflation steigt, werden Gold, Silber und andere Rohstoffe teurer, weil sie im Vergleich zu Sparbüchern und Aktien als krisensicher gelten. Doch zur klassischen Wertanlage ins glänzende Edelmetall sind längst weitere Rohstoffe gekommen, deren Preise in den letzten fünf Jahren enorm gestiegen sind. Nicht ohne Grund warnen längst zahlreiche Analysten vor einer drohenden „Rohstoffblase“.

VON MICHAEL THURM
MITARBEIT: JOACHIM MAHLKE

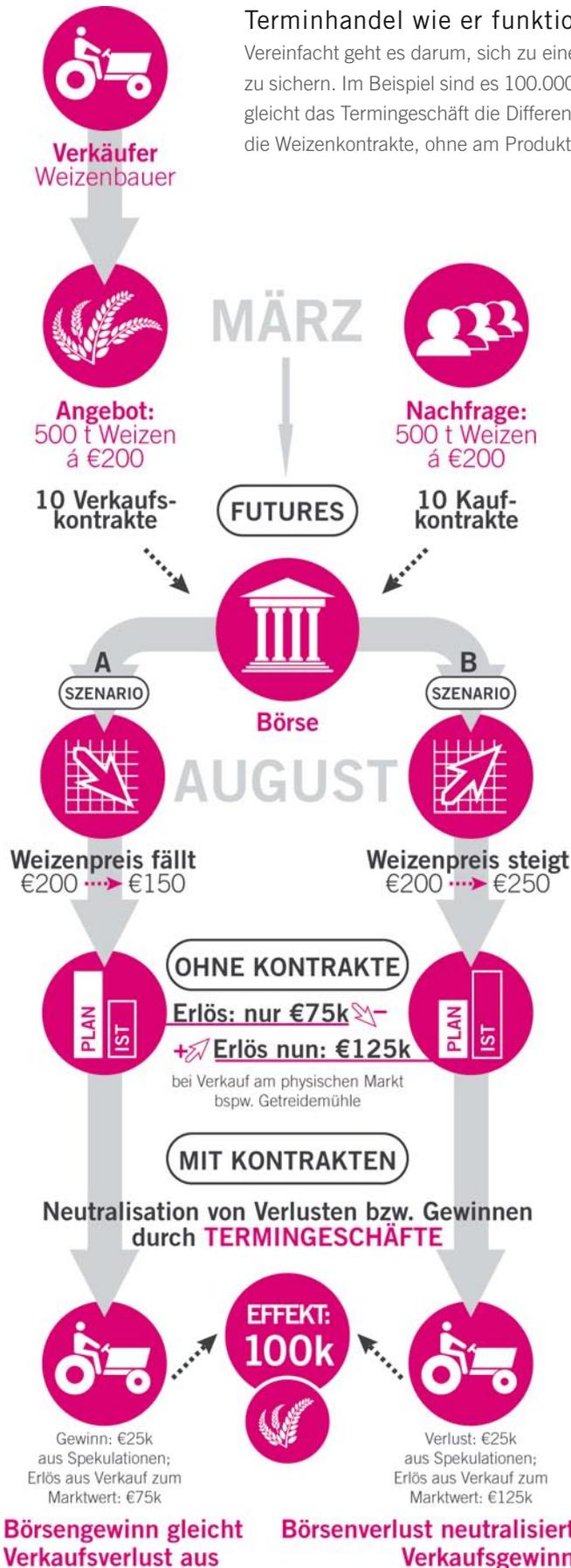
Eine Rohstoffblase ist vor allem deshalb entstanden, weil die Marktpreise für Metalle, Energie und Lebensmittel zunehmend vom tatsächlichen Angebot und der gegenüberstehenden Nachfrage entkoppelt sind. Während Gold seit jeher ein Handels- und Investitionsgut ist, das für keinerlei Produktionsgüter in größeren Mengen gebraucht wird, ist die Industrie auf Metalle und Energie angewiesen. Preisbestimmend für diese Güter sind aber längst nicht mehr die Produktions- und Fördermenge, sondern vielmehr die Erwartungen jener Derivatehändler (vulgo „Spekulanten“), die in ungleich höherem Volumen als die verarbeitenden Industrien mit Rohstoffen handeln. Eine Foodwatch-Studie (September 2011) schätzt den Anteil des rein spekulativen Handels mit Rohstoffen inzwischen auf über 80 Prozent. Die allein dadurch entstehende Preissteigerung beziffern dort zitierte Ökonomen auf bis zu 25 Prozent. Doch wie funktioniert das Geschäft mit Kupfer, Kobalt und Kakao?

Der Preis ist heiß

Dass Rohstofflieferanten und verarbeitendes Gewerbe miteinander handeln, ist essenziell. Dass es bei diesen globalisierten Geschäften auch Zwischenhändler gibt, die den Produzenten ihre Güter abkaufen, wenn gerade kein anderer Käufer da ist, und diese zu späteren Zeitpunkten weiterverkaufen, ist ebenfalls erwünscht. Das stellt sowohl die Liquidität als auch eine gewisse Preisstabilität für Käufer und Verkäufer sicher. Dank solcher Geschäfte können Bauern – denn für diese waren die sogenannten Termingeschäfte vor 300 Jahren einmal gedacht – ihre Ernte verkaufen, während sie noch

Terminhandel wie er funktionieren sollte

Vereinfacht geht es darum, sich zu einem möglichst frühen Zeitpunkt einen gewünschten Verkaufspreis zu sichern. Im Beispiel sind es 100.000 Euro für 500 Tonnen Weizen. Wenn sich dann der Marktpreis ändert, gleicht das Termingeschäft die Differenz aus. Das Problem: Immer mehr Investoren kaufen und verkaufen die Weizenkontrakte, ohne am Produkt interessiert zu sein – und beeinflussen dadurch den Marktpreis.



auf dem Feld steht. Das wiederum ermöglicht ihnen mit größerer Sicherheit für das nächste Jahr zu planen. Auch die Industrie ist zufrieden, sie kann sich der Lieferung benötigter Rohstoffe sicher sein. Gehandelt werden die Rohstoffe inzwischen auf zwei Märkten, die eng zusammenhängen: Zum einen der Spotmarkt, auf dem die tatsächlichen Rohstoffe den Besitzer wechseln, und zum anderen der Futuremarkt. Auf diesem werden Termingeschäfte getätigt, das heißt, sowohl die Lieferung als auch die Zahlung einer Ware wird in die Zukunft verlegt, der Preis aber „heute“ definiert.

Diese beiden Märkte hängen eng zusammen, denn niemand, der in naher Zukunft günstig einkaufen kann, wird heute einen höheren Preis bezahlen und jeder, der seine Waren heute teurer verkaufen kann als morgen, wird dies tun. Deshalb sind die Preisunterschiede zwischen dem Futuremarkt und dem Spotmarkt relativ gering, sie versprechen keine großen Gewinne und das ist ja auch der grundlegende Gedanke, der solche Geschäftsformen einmal hat entstehen lassen: Weder Käufer noch Verkäufer sollen existenzielle Verluste erleiden, wenn sich der Marktpreis wegen Krieg, Dürre, Unwetter oder Ähnlichem schlagartig ändert. Das war die »gute alte Welt« und in dieser war der Handel mit Rohstoffen nur für die beteiligten Gewerbe von Bedeutung. Denn diese waren tatsächlich an den Rohstoffen interessiert und nicht am Spekulationsgewinn.

Der Boom beim Rohstoffhandel

Das änderte sich etwa ab 2003, als die Regulierungen für diese Märkte nahezu abgeschafft wurden. Allein die Investitionen in die beiden größten Rohstofffonds stiegen in der Zeit bis 2008 von 13 Milliarden US-Dollar (USD) auf 317 Milliarden USD. Es werden inzwischen unvorstellbar große Mengen von Rohstoffderivaten gehandelt, die überhaupt keinen Bezug mehr zum tatsächlichen Rohstoff haben. Diese Käufer und Verkäufer haben kein Interesse daran, was mit den Produkten passiert, sondern nur daran, einen riesigen Stapel Besitzurkunden für einige Cent mehr zu verkaufen, als sie ihn ursprünglich eingekauft haben. Dass solche Entscheidungen inzwischen längst von Computern und nicht mehr von Menschen getroffen werden, ist dabei das geringere Problem. Und auch für jene, die nicht auf den schnellen spekulativen Gewinn aus sind, ist der Rohstoffmarkt interessant geworden. Vor allem Metalle, seltene Erden und Nahrungsmittel gelten auch langfristig als rentable Kapitalanlage.

Allein an der Chicagoer Rohstoffbörse wurden im Mai 2011 Kontrakte im Umfang von 358 Millionen Tonnen Weizen im Wert von 90 Milliarden USD gehandelt. Das entspricht der Hälfte der weltweiten Weizenproduktion aus dem Jahr 2009. Anhand solcher Beispiele unterstellt Dirk Müller, bekannt als »Mr. Dax«, in einer für das Hilfswerk Misereor angefertigten Studie, dass »lediglich zwei Prozent aller Terminkontrakte eine tatsächliche Lieferung nach sich ziehen«. Denn das, was sich an Börsen wie jener in Chicago abspielt, ist auch nur ein kleiner Teil des globalen Derivatehandels. Im direkten Handel, den sogenannten Over-the-Counter-Geschäften (OTC), werden insgesamt geschätzte 600 Billionen USD um-

gesetzt, ohne dass diese meldepflichtig und damit statistisch fassbar wären. Eine unvorstellbare Menge, die ohne jede Regel und Kontrolle den Besitzer wechselt.

Denn sie wissen nicht, was sie tun

Weil ein Ende der Finanzmarktkrise noch immer nicht in Sicht ist, wechseln immer mehr Anleger von reinen Finanzprodukten zu Rohstoffderivaten. Die Preise für Metalle und Minerale haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Die Industriellenvereinigung spricht sogar von 300 Prozent Preisanstieg in den letzten 20 Jahren. Das hat zum Teil damit zu tun, dass die rohstoffreichen Staaten, allen voran China, inzwischen selber einen wachsenden Bedarf nach ihren Rohstoffen haben. Aber die Kursschwankungen, die in den letzten fünf Jahren sichtbar wurden, lassen sich nicht mehr mit solch langfristigen Entwicklungen erklären. Daher warnen inzwischen immer mehr Experten wie Müller vor dem Einfluss der Spekulation auf die Preisbildung und damit auf unsere Konsumkosten. Zucker, Schokolade und Mehl, so kündigten einige Hersteller in den letzten Monaten an, könnten bald empfindlich teurer werden.

Warum ist das ein Problem?

Und die Investoren kennen kaum Grenzen: Laut Müller werden inzwischen sogar Lagerhallen angemietet, um die physisch vorhandenen Rohstoffe einzulagern. Im Moment sind es vor allem Metalle, die so dem Markt entzogen werden. Das steigert die Nachfrage künstlich und treibt den Preis in die Höhe. Das gefährdet aber vor allem die Produktion, die dort verankerten Arbeitsplätze und damit die Stabilität der Wirtschaft.

Genau genommen kommt es zu der Perversion, dass bei diesen Geschäften nicht die Spekulation das Problem ist, sondern die Investition. Denn wenn beteiligte Industrien damit spekulieren, wann sie ihre Waren günstig kaufen bzw. teuer verkaufen können, ist das legitim und nicht marktschädigend. Gefährlich sind Marktteilnehmer, die Geld „investieren“, um eine hohe Rendite zu erhalten – nicht aus der industriellen Wertschöpfung, sondern allein durch die natürliche Preisentwicklung der Rohstoffe, die durch ihre Investition um ein Vielfaches verstärkt wird und erst bei ausreichend großen Handelsvolumina entsprechende Gewinne bringt.

Bekanntester Schauplatz für solche Geschäfte dürfte neben der Börse in Chicago jene in London sein. Im Herbst 2010 kaufte ein einzelner Händler nach und nach über 175.000 Tonnen Kupfer an der Londoner Metallbörse. Insgesamt investierte er dafür etwa 1,5 Milliarden Dollar und besaß im Dezember über 50 Prozent des in London gehandelten Kupfervolumens.

Ebenfalls in London kaufte bereits im Sommer 2010 ein Händler für den Hedgefonds des Handelshauses Armajaro ganze 241.000 Tonnen Kakao und hielt damit fast sieben Prozent der weltweiten Kakaoernte in seinem Portfolio. Nahezu der gesamte in Europa lagernde Kakao war faktisch in seinem Besitz. Der Preis lag, weil Kakao damit scheinbar zur Mangelware wurde, bei über 3.000 Euro je Tonne. Das merkte sogar der steirische Schokoladenproduzent Josef Zotter. Denn obwohl dieser aufgrund der Fairtrade-Zertifizierung und eines Qualitätsaufschlages Preise zahlt, die weit über dem Marktpreis liegen, und obwohl er sich von Termingeschäften fernhält, wird auch der Preis, den er an die südamerikanischen Kooperativen zahlt, am Weltmarktpreis bemessen. »Keinen Kakao unter 4.300 Euro« habe er in letzter Zeit gekauft. Und das ganz ohne Verträge: »Bei uns läuft das per Handschlag, die Bauern sind immer froh, wenn ich komme, und ich freue mich über einen guten Ka-



ENDORPHIN VERSUS ADRENALIN. LEIDENSCHAFT GEWINNT.

Die neue BMW 3er Limousine Sport Line sorgt mit stärkeren und effizienteren Motoren für höchsten Endorphin- bei geringem CO₂-Ausstoß. Und auch sein Design lässt Herzen höher schlagen. Überzeugen Sie sich selbst bei einer Probefahrt.

DIE NEUE BMW 3er LIMOUSINE. AUCH ALS SPORT LINE.

GADY

Graz-Liebenau, Liebenauer Hauptstraße 60, 8041 Graz

Graz-Nord, Wienerstraße 23, 8020 Graz*

Lebring, Leibnitzer Straße 76, 8403 Lebring*

Fehring, Bahnhofstraße 21, 8350 Fehring*

Deutsch-Goritz, *Werkstätte, 8483 Deutsch-Goritz

www.gady.at

*Verkaufsfilialen von Gady Graz

BMW 3er Limousine: 85 kW (116 PS) bis 225 kW (306 PS), Kraftstoffverbrauch gesamt von 4,1 l/100 km bis 7,9 l/100 km, CO₂-Emission von 109 g/km bis 186 g/km.

Diagonale 2012

Festival des österreichischen Films
Graz, 20. – 25. März

kao.« Der Preis für den wichtigsten Rohstoff in Zotters Unternehmen befand sich in den letzten Jahren auf einer Berg- und Talfahrt, die sich aber nicht mit den Erntemengen erklären lässt. Inzwischen ist der Kakaopreis wieder gefallen und pendelt zwischen 1.500 und 2.000 Euro pro Tonne. Ein Regulativ, welches sicherstellt, dass solche verzerrenden Investitionen nicht mehr stattfinden, gibt es bis heute nicht. Und Händler wie Zotter, die freiwillig und zuverlässig über dem Marktpreis zahlen, sind die große Ausnahme.

Nun ist Kakao noch immer ein Luxusgut und kein Grundnahrungsmittel. Der Mechanismus der Spekulation ist aber längst auch dort zu erkennen. Mais, Weizen, Zucker und sogar Orangensaftkonzentrat werden über Derivate verkauft, zwischengehandelt und weiterverkauft. Wie groß der Anteil dieser spekulativen Investitionen an der Preissteigerung genau ist, bleibt schwer zu berechnen. Denn als Grund für den Anstieg der Preise werden, zum Beispiel bei Kakao, vor allem die politischen Unruhen im Kakaoland Elfenbeinküste genannt. In anderen Fällen können es schlechte Ernten oder eine rasch ansteigende Binnennachfrage sein. Der dadurch ohnehin auftretende Preisanstieg wird durch Investoren um ein Vielfaches verstärkt, ohne dass jemand eine genau Berechnung anstellen könnte, welcher Faktor nun tatsächlich wie großen Einfluss hätte. Weil das Volumen der Investitionen aber deutlich über dem des Sporthandels liegt, wird auch sein Einfluss auf den schlussendlichen Verkaufspreis entsprechend groß sein.

Auch beim Zucker stieg der Preis in den letzten fünf Jahren deutlich stärker als die Nachfrage. In Brasilien, dem wichtigsten Rohrzuckererzeuger mit 40 Prozent Marktanteil, führte die Finanzkrise dazu, dass es an Kapital fehlte und damit an Geld für die Neupflanzungen des Zuckerrohrs. Das Angebot sank, die Nachfrage stieg weiter kontinuierlich und der Zuckerpreis explodierte von 200 Euro auf 500 Euro pro Tonne. Der Finanzmarkt war hier also zuerst Auslöser der Verknappung, weil er seinen eigentlichen Zweck,

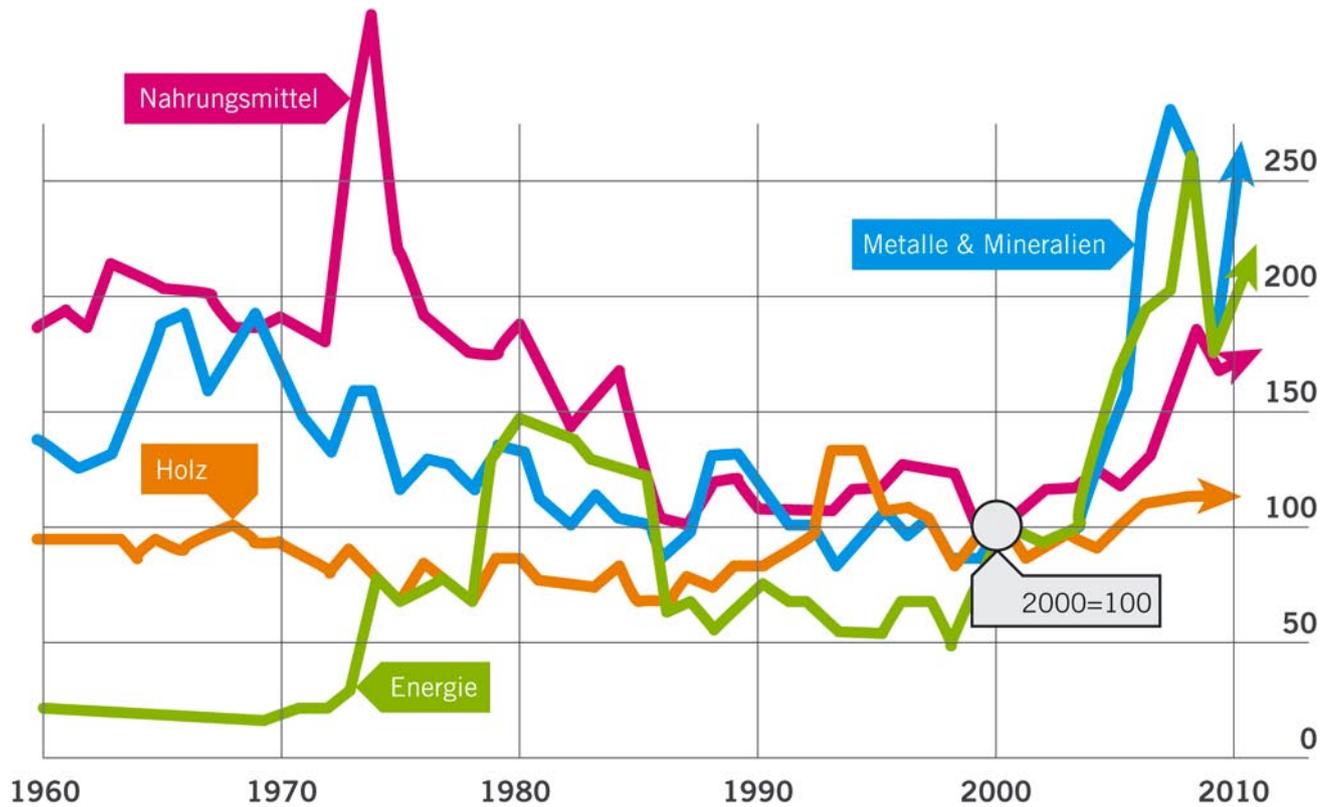
nämlich Kapital zur Verfügung zu stellen, nicht erfüllt hatte, und verstärkte anschließend durch Spekulation den Effekt der Preissteigerung. Dass Zucker aufgrund seines hohen Anteils an Kalorien ein wichtiges Grundnahrungsmittel ist, zeigt, dass auch in diesem Fall rüchichtslos spekuliert wird. Denn vor allem der Wert von Nahrungsmitteln geht über ihren Marktpreis hinaus. Während die Investoren ein Produkt ausschließlich danach bewerten, was es für einen monetären Preis an der Börse erzielt, sind Lebensmittel viel wertvoller: Sie können Hunger bekämpfen, Krankheiten verhindern und Leben retten. 40 Cent kostet das Kilo Zucker auf dem Weltmarkt, aber statt diesen niedrigen Preis zu nutzen, um eine vernünftige Ernährungshilfe sicherzustellen, wird er zum Spielball der Spekulanten, die jede Preisbewegung zu einem Millionengeschäft machen.

Die negativen Folgen der Investition

Ein Platzen einer Blase beendet allerdings nicht das Grundübel, sondern trifft am Ende die Falschen. Neben den Hungernden sind es auch, wenngleich mit weniger existenziellen Folgen, die Produzenten und die verarbeitenden Betriebe in Industriestaaten wie Österreich. Also jene Unternehmen, die tatsächlich auf die Rohstoffe und deren sinnvolle Bewertung angewiesen sind. Denn während die Akteure auf dem Finanzmarkt ihre Verluste über die breite Streuung ihrer Portfolios ausgleichen können, muss die Industrie vor allem die Nachfrage befriedigen, Liquidität sicherstellen und ihre Mitarbeiter bezahlen. Und wenn ein Finanzspekulant entdeckt, dass er eine Blase (überbewertete Papiere) in seiner Bilanz hat, versucht er sie zu verkaufen und bei einem anderen platzen zu lassen (wunderbar illustriert im aktuellen Film »Der große Crash« mit Kevin Spacey).

Auch österreichische Firmen wie die Nöm-Molkereien, die Agrana-Zuckerwerke oder große Getreidemühlen klagten über Schwankungen bei den Rohstoffpreisen von bis zu 100 Prozent, also eine

Grafik: noahgraphics (Quelle: World Bank Commodity, Industriellenvereinigung, Die Presse)



nicht nachvollziehbare Verdopplung und Halbierung der Preise in kurzen Abständen. Weil die Unternehmen aber meist kein Portfolio haben, das ihnen einen flotten Ausgleich der Bilanz ermöglicht, bleiben ihnen nur Preiserhöhungen und die Hoffnung, dass die Konkurrenz ähnlich reagieren muss. Ein Einstieg der Raiffeisenbank in Rohstoffspekulationen wurde bisher kategorisch ausgeschlossen, die große Landwirtschaftsbank, zu der die Agrana und Nöm gehören, kritisiert ebenfalls das unregulierte Spiel mit den Lebensmittelpreisen.

Und bei diesen hat die übermäßige und undurchsichtige Spekulation auch die übelsten Folgen. Die Preisrallye bei Lebensmitteln wie Weizen, Zucker und Mais führt zu steigenden Verbraucherpreisen bei uns und Hunger bei denen, die ohnehin schon 80 Prozent ihres bescheidenen Einkommens für Grundnahrungsmittel ausgeben müssen. Dabei sind die steigenden Lebensmittelpreise im Prinzip zu begrüßen: Sie würden den Entwicklungsländern endlich erlauben, selbstständige Industrien aufzubauen. Denn aufgrund der subventionierten Exporte nach Afrika ist es dort noch immer nicht möglich, gewinnbringende Wirtschaft entstehen zu lassen. Wegen der hier in Europa vorhandenen Infrastruktur und den produzierten Mengen ist es teurer, vor Ort zu produzieren. Deshalb werden immer noch europäische Billigwaren nach Afrika geliefert und dort verkauft.

Höhere Preise wären da ein guter Schutz, aber eben nur wenn sie nachhaltig, langsam und mit dem Aufbau lokaler Wirtschaftsstrukturen einhergehen. Doch nicht nur die Selbstständigkeit wird verhindert. Laut Schätzungen der Weltbank kostete die Preissteigerung der Lebensmittel im letzten Jahr (05/2010–04/2011) über

40 Millionen Menschen das Leben. Die spröde Formulierung von Dirk Müller, es gebe »keinen einzigen volkswirtschaftlichen oder gar humanitären Grund, warum es Finanzinvestoren erlaubt sein sollte in Grundnahrungsmittel zu investieren«, erscheint angesichts dessen deutlich untertrieben. Die These, dass der Welthunger sich nicht mehr aus einem Mangel an Nahrung heraus begründen lässt, wird einmal mehr unterstrichen.

Und diese Tatsache sorgt inzwischen für das Kuriosum, dass sich eine unerwartete moralische Allianz aus dem amtierenden Papst, der Raiffeisenbank, der Uno, verschiedenen NGOs und einem Börsenhändler ergibt. Alle fordern eindringlich und gut begründet ein Verbot von Investitionen in Lebensmittel und Beschränkungen bei der Spekulation mit anderen Rohstoffen. Ihr direkter Einfluss darauf, mit Ausnahme der Raiffeisenbank, ist jedoch gering. Gefordert ist einmal mehr die Politik. Sie allein kann Gesetze und Strafen definieren, die unsere Lebensmittel davor schützen zum Spielball der Finanzjongleure zu werden.

Eine öffentliche Verwaltung, die momentan aber hauptsächlich mit der Umsetzung von Sparmaßnahmen beschäftigt ist, wird da kein guter Partner sein. Von Finanzexperten, die rechtzeitig Probleme erkennen, ist in den Diensten des Staates zu wenig zu sehen. Von den entsprechenden Lösungsvorschlägen oder gar deren Umsetzung ganz abgesehen. Denn wer das System durchschaut hat, profitiert lieber davon, als dass er sich im kürzungsbedrohten Sektor der staatlichen Marktüberwachung sein Salär verdient. Auch dies gehört zu jenen Wahrheiten, die in der oberflächlichen Diskussion um das »Sparpakete schnüren« und »Finanzmärkte regulieren« gern vergessen werden. ■

AKTIONSFahrzeuge von

DENZEL

Graz



Aktionspreis: € 14.990,-
netto exkl. MwSt.

Fiat Scudo KW Business

90 PS, EURO 5, Klimaanlage, 3 Sitzplätze, elektr. Fensterheber, Zentralverriegelung mit Funk, uvm.



Aktionspreis: € 15.990,-
netto exkl. MwSt.

Fiat Ducato L1H1

115 PS, EURO 5, Klimaanlage, 3 Sitzplätze, elektr. Fensterheber, Zentralverriegelung mit Funk, uvm.



Aktionspreis: € 22.990,-
netto exkl. MwSt.

Fiat Ducato KW Maxi L4H2

Tageszulassung 02/2012, 130 PS, EURO 5, ohne KM, Klimaautomatik, Techno Armaturen Brett, Orig. Radio, Blue&Me Freisprecheinrichtung, doppelte Federung hinten, 270 Grad Hecktüröffnung, uvm.

Alle Preise exkl. MwSt. Preisänderungen jederzeit möglich. Abbildungen sind Symbolfotos. Irrtümer, Druckfehler und Zwischenverkauf vorbehalten.

DENZEL
Graz

Kundencenter GRAZ
Wetzelsdorfer Straße 35, Tel. 0316/507-0
www.denzel.at



Werner Faymann beugt sich dem Diktakt der Märkte. Nach Jahren der Reformverweigerung einigt er sich ...



... mit Vizekanzler Michael Spindelegger auf die Überschriften zu einem Sanierungspaket.



Durch den Bund-Länder-Stabilitätspakt kommt auch Finanzlandesrätin Bettina Vollath unter Druck.



Wenn der Wiener Landeshauptmann Michael Häupl sich mit seinem niederösterreichischen Alter Ego ...

Ratingagenturen helfen der Politik auf die Sprünge

Da soll noch einer sagen, Ratingagenturen seien zu nichts nütze. Was Brüssel trotz Stabilitätspakt, Schuldenbremse und Fiskalunion nicht schafft, schafften **Standard & Poors**, **Moody's** und **Fitch** mit einer Presseaussendung und einem Eintrag auf ihrer Webseite ganz locker: Sie bringen reform- und damit scheinbar vernunftresistente Politiker wie Bundeskanzler **Werner Faymann** und seinen Vize **Michael Spindelegger** dazu, endlich Sparziele zu definieren und sich zumindest auf die Überschriften eines sogenannten Konsolidierungspaktes zu einigen.

Den automatischen Sanktionsmechanismus, den sich die Politik angeblich so sehr herbeiwünscht, dass sie die EU sogar zur Fiskalunion umbauen will, gibt es offenbar längst. Und die US-Ratingagenturen – eine steht übrigens in französischem Besitz – erfüllen ihre Aufgabe nicht nur in Bezug auf Österreich. Denn welcher europäische Politiker hätte es wagen können, der stolzen „Grande Nation“, noch dazu in einem Wahljahr, einen objektiven Spiegel ihres ökonomischen Niedergangs vorzuhalten. Der Verlust des Triple A half dem französischen Staatspräsidenten **Nicolas Sarkozy** endlich auf die Sprünge. Und die EU-Regierungschefs haben endlich realisiert, dass sie mit finanzpolitischem „Appeasement“ zwar ihre Heimat beruhigen können, nicht jedoch ihre internationalen Gläubiger, die ihre Risiken abgegolten wissen wollen. Deshalb sollte nun eigentlich alles sehr schnell gehen: Schuldenschnitt, Staatspleite und Drachmen für die Griechen und ein funktionierender Sanktionsmechanismus für die Defizitsünder der Eurozone als Voraussetzung für eine nachhaltige Euro-Rettung.

Nur in Österreich gehen die Uhren immer noch deutlich nach. Aber spätestens nach der nächsten Ratingrunde werden Faymann und Spindelegger realisieren, dass sie ihre Sparüberschriften diesmal wirklich umsetzen müssen.

Harte Bedingungen für Sparbeitrag der Länder

Franz Voves und Finanzlandesrätin **Bettina Vollath** präsentierten in ihrer Funktion als turnusmäßige Vorsitzende der Landeshauptleute- und Landesfinanzreferentenkonferenz kürzlich die Bedingungen für den Konsolidierungsbeitrag der Länder zum Sparpaket. Der Bund will bis 2016 unglaubliche 26,4 Milliarden Euro konsolidieren. 5,2 Milliarden davon sollen von den Ländern kommen. Die Bedingungen, wel-

che die Landeshauptleute mit der Regierungsspitze ausgehandelt haben, haben es jedoch in sich. So muss der Bund seine Einnahmen aus neuen Steuern ausnahmslos mit den Ländern und Gemeinden teilen. Eine Steuerreform kann bis 2016 – das Jahr, in dem jedes Land ein Nulldefizit erreichen muss – nur unter Zustimmung der Länder erfolgen.

Der Finanzausgleich und die Krankenhausfinanzierung müssen mit dem Stabilitätspakt abgeglichen werden. Der Pflegefonds muss bis 2016 verlängert werden. Die Länder können ihre Konsolidierungsleistungen untereinander abtauschen. Außerdem müssen etwaige Sanktionen, die bei Nichteinhaltung des Paktes in Kraft treten würde, mit den Ländern ausverhandelt werden. Vor ihrer Zustimmung wurden Bundeskanzler Werner Faymann und sein Vize Michael Spindelegger übrigens vom Wiener Bürgermeister **Michael Häupl** und vom niederösterreichischen Landeshauptmann **Erwin Pröll** bearbeitet. Einmal mehr zeigt sich: Es gilt das, was die beiden mächtigsten Landesfürsten wollen.

Sparpaket: Kritik von WIFO und Rechnungshof

Wifo-Chef **Karl Aiginger** sieht im Sparpaket zwar einen wichtigen Beitrag zur Wiedergewinnung des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums. Der Wirtschaftsforscher kritisiert gegenüber der Austria Presseagentur jedoch das offensichtliche Fehlen von Strukturereformen: „Es könnte der Beginn eines Reformwerkes sein, wenn man überall dort, wo man Geldbeträge gesucht und gefunden hat, Reformen aufbaut.“ Besonders problematisch sieht Aiginger das Ansteigen der Abgabenquote von knapp 44 auf etwa 46 Prozent, er räumt aber ein, dass sich die negativen Auswirkungen der geplanten Konsolidierungsschritte auf das Wachstum in Grenzen halten werden. Der WIFO-Chef begrüßt eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene, warnt jedoch vor einem österreichischen Alleingang in Form einer Börsenumsatzsteuer.

Rechnungshofpräsident **Josef Moser** sieht beim Sparpaket ein großes Umsetzungsrisiko und fordert weitere Strukturereformen, weil diese bei den bisher präsentierten Maßnahmen nur etwa zu 15 Prozent des Konsolidierungsbeitrages ausmachen würden: „Was nicht beseitigt wird, sind die Doppelgleisigkeiten, die Effizienzlücken und die gravierenden Probleme, die einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Input und Output entgegenstehen“, so Moser gegenüber der APA.



Landesbeamte: Reformpartner halbieren die Abteilungen

Das Tempo, mit dem die steirischen Reformpartner versuchen, den steirischen Landeshaushalt auf Kurs zu bringen, bleibt hoch. Ein spektakulärer Reformschritt wurde nun im Bereich der Landesverwaltung gesetzt. Die Zahl der Abteilungen und Fachabteilungen wird von 48 auf 25 reduziert.

Die beiden Reformchefs Franz Voves und **Hermann Schützenhöfer** erwarten sich dadurch Kosteneinsparungen von 15 Millionen Euro jährlich. Langfristig ermöglicht die Organisationsreform nämlich den Wegfall von 300 Dienststellen. Insgesamt soll der steirische Landesdienst in den nächsten Jahren von 7200 auf 6500 Dienstposten reduziert werden.

Kritik kommt von der Personalvertretung, mit der noch detaillierte Maßnahmen über die Umsetzung der Neuorganisation geführt werden müssen. Personalvertretungschef **Günther Lippitsch** beschwerte sich über die mangelnde Einbindung der Betroffenen und sieht das Sparpotenzial im Bereich der Mitarbeiter ausgereizt. Die Personalvertretung sagt zwar Ja zur Verwaltungsreform, aber die müsse an eine grundlegende Auseinandersetzung mit der künftigen Aufgaben- und Leistungsstruktur anknüpfen, so Lippitsch.

Auch Franz Voves stellte klar, dass die Aufgaben- und Modernisierungsreform fortgesetzt werden muss. So sollen die Verfahren durch den „elektronischen Akt“ und den Ausbau der IT schneller werden. Hermann Schützenhöfer erteilte dem politischen Besitzstanddenken eine klare Absage, da strukturelle Reformen gar nicht anders in Angriff genommen werden könnten. Was die ausstehende Diskussion mit der Personalvertretung angeht, ist für Schützenhöfer klar, dass die Maßnahmen für Irritationen sorgen werden. Er sei sich jedoch sicher, dass die Personalvertreter die Maßnahmen letztendlich mittragen werden.

Gemeindereform: Speckgürtel werden zusammengeführt

Das Leitbild der Gemeindestrukturreform Steiermark stellt klar, dass nicht nur die wirtschaftlich angeschlagenen Kleingemeinden in den Abwanderungsregionen in größere Strukturen integriert werden sollen. Auch die reichen Speckgürtelgemeinden rund um Graz, Leibnitz, Voitsberg oder Gleisdorf stehen im Mittelpunkt der Reform.

Denn im Leitbild, das von Landeshauptmann Franz Voves und LH-Vize Hermann Schützenhöfer präsentiert wurde, heißt es, dass sich die

Umlandgemeinden auf Kosten der Zentrums- gemeinden entwickeln. Die beiden wichtigsten kommunalen Einnahmequellen sind nun einmal die von der Einwohnerzahl abhängigen Ertragsanteile sowie die Kommunalsteuer. Das Ergebnis dieser ordnungspolitischen Fehlleistung des Bundes ist ein großer Bau- und Gewerbelandüberschuss und in der Folge eine viel zu teure Infrastruktur.

Im Strukturleitbild der Reformpartner sind folgende Kriterien genannt, die in einer – auch künftig – eigenständigen Gemeinde mehrheitlich vorhanden sein müssen: ein Kindergarten, eine Volksschule, ein Nahversorger, ein Gasthaus, ein Allgemeinmediziner, eine Kirche, eine Bank, eine Apotheke, eine Rettung sowie ein Postpartner. „Das Fehlen mehrerer derartiger Einrichtungen in einer Gemeinde ist ein Indiz, dass diese Leistungen bereits jetzt von der Bevölkerung in einer anderen Gemeinde in Anspruch genommen werden und sich folglich der Lebensraum der Bevölkerung bereits über die politischen Grenzen der Gemeinden hinaus erweitert hat“, heißt es wörtlich.

Graz: Die Volkspartei befragt die Bürger

Mit seiner „Pro-Graz-Befragung“ hat sich der Grazer Bürgermeister **Siegfried Nagl** keine Freunde unter den anderen politischen Coleurs gemacht. Nachdem eine offizielle Volksbefragung politisch nicht dursetzbar war, beschloss Nagl die Befragung über die Grazer Volkspartei durchzuführen. Die Teilnahme von 21 Prozent der Befragten zeigt nicht nur, wie gut die Bürgermeisterpartei aufgestellt ist, sondern auch dass es in der Bevölkerung einen Wunsch nach mehr Mitbestimmung gibt.

Die absehbare hohe Zustimmung von 76 Prozent zum Bau einer Mur-Staustufe auf Grazer Stadtgebiet war wohl die Ursache dafür, dass sich die grüne Vizebürgermeisterin **Lisa Rücker** gegen eine Volksbefragung querlegte. Das wirft die Frage auf, wie demokratisch Politiker sein können, die unbequeme Abstimmungen zu verhindern suchen? Damit hat die Grazer ÖVP eine gute Abgrenzungsmöglichkeit zum bei der Parteibasis ungeliebten Koalitionspartner. ■



... Erwin Pröll auf etwas einigt, hat die rot-schwarze Bundesregierung stramm zu stehen und umzusetzen.



Franz Voves präsentiert eine Landesdienstreform und kündigt Globalbudgets für die Ressorts an.



Hermann Schützenhöfer erwartet sich durch die Reform Einsparungen von 15 Millionen Euro jährlich.



Bürgermeister Siegfried Nagl konnte mehr als 20 Prozent zur Teilnahme an der ÖVP-Befragung motivieren.

Fotos: Archiv, C. Poland (MFA), Michael Thurm (2), SPO-Wien/Knie, ÖVP-Niederösterreich, Peter Philipp

INFLATIONÄRE EMPÖRUNG

Es geht heiß her in den Tagen zwischen dem Ball des Wiener Korporationsrings und dem Warten auf das Sparpaket der Regierung. Heinz-Christian Strache, missverstanden als „neuer Jude“, fühlt sich verfolgt, die Regierung zu Unrecht kritisiert. Von Berufs wegen ist Eva Glawischnig dafür zuständig die Regierung zu kritisieren und die rechtsnationalen Tendenzen in der FPÖ zu bekämpfen. Die grüne Parteichefin über politische Hygiene und den Sinn und Zweck von Rücktrittsforderungen.

VON MICHAEL THURM

➤ *Frau Glawischnig, wie viele Politiker haben Sie in Ihrer Laufbahn schon zum Rücktritt aufgefordert?*

Das ist eine schwierige Frage, die Zahl kann ich nicht mehr nennen, es waren nämlich sehr viele.

Wie viele dieser Rücktrittsforderungen waren erfolgreich?

Keine einzige. Auch die Misstrauensanträge im Parlament hatten keinen Erfolg.

Was sagt das über Ihre Forderungen aus? Haben Sie die falschen Politiker zum Rücktritt aufgefordert?

Das glaube ich nicht, da läuft etwas in der österreichischen Politik falsch. Ich kann mich an überhaupt keinen Rücktritt auf Bundesebene erinnern und ich bin nun doch schon seit 1999 in der Politik.

Wolfgang Schüssel trat 2011 als Nationalratsabgeordneter zurück.

Das war ja kein wirklicher Rücktritt, sondern eher ein Rückzug.

Ihre letzte Rücktrittsforderung richtete sich an Martin Graf, den Sie am Tag des WKR-Balls vom Heldenplatz aus zum Rücktritt aufgefordert haben. War das die Emotion des Moments oder halten Sie diese Forderung aufrecht?

Also ich finde das nach wie vor legitim. Zu 100 Prozent. Jemand, der eines der höchsten Ämter dieser Republik bekleidet und so ein ungeklärtes Verhältnis zur österreichischen Vergangenheit und zum Rechtsextremismus hat, ist für dieses Amt einfach nicht tragbar. Ich werde das immer so sehen und diese Forderung aufrechterhalten. Er wird da wahrscheinlich anderer Auffassung sein.

Sie haben diesen Rücktritt bei einer kurzen Ansprache gefordert, dann gab es kurz Applaus und dann haben Sie den Ball im folgenden Satz als

Eva Glawischnig wurde 1969 in Villach geboren. Nach der Matura studierte sie Rechtswissenschaften in Graz und schloss das Studium 1993 ab. Sie arbeitete anschließend als Juristin für die Umweltschutzorganisation Global 2000 und war ab 1996 als Umweltsprecherin der Grünen tätig. 1998 folgte ihre Promotion in Wien. Ein Jahr später wurde sie in den Nationalrat gewählt.

Die Position der Bundessprecherin und Klubobfrau hat sie seit 2008 inne.



Treffpunkt von »Mördern und Terroristen« bezeichnet. Damit haben Sie auf die vor einigen Monaten bekannt gewordenen Verbrechen von Rechts-extremisten in Deutschland hingewiesen. Finden Sie es nicht überzogen, diese unmittelbare Nähe zu Gewaltverbrechen zu unterstellen?

Wir wissen ja nie genau, wer auf dem Ball tatsächlich erscheint und da sind sicher auch Leute aus Deutschland gewesen, die möglicherweise eine Nähe zu Mördern und Terroristen haben. So habe ich es gesagt und ich finde es falsch, dass die dort versammelte Gemeinschaft ein Problem damit hat, sich von solchen Leuten abzugrenzen.

Verbal distanziert sich Martin Graf regelmäßig, noch häufiger sein Parteichef Heinz-Christian Strache. Keinen der beiden will ich hier verteidigen – aber beide verurteilen die Verbrechen der Nazis immer wieder öffentlich. Muss man das nicht irgendwann zumindest zur Kenntnis nehmen, auch wenn es nicht der bewusste und mahnende Umgang mit der Vergangenheit ist, wie ihn die Grünen pflegen?

Haben Sie den Eindruck, dass die sich abgrenzen? Ich sehe häufig das Muster: »Meinetwegen entschuldige ich mich halt«, und im nächsten Halbsatz machen sie mit ihren Doppelbotschaften weiter. Deshalb reicht es nicht, sich pro forma abzugrenzen und im nächsten Interview zu sagen, dass der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde der »Drahtzieher des antifaschistischen Linksterrorismus« sei und im »feinen Anzug in der Zib 2 auftritt« – das ist eine bewusste Anspielung auf das Klischee vom »Jud« im feinen Zwirn«, das wir aus der Vergangenheit kennen. Da wird mir schon ganz anders. Und es geht mir nicht in den Kopf, dass diese Leute keine Unterschiede mehr erkennen und sich jetzt in eine Opferrolle begeben. Ja, es gab Leute, die Drohungen vor der Hofburg gerufen haben, aber dafür gab es eine Polizei vor Ort, die die Ballbesucher beschützt hat und solche Leute auch ausfindig macht. Und es gibt eine Justiz, die darüber urteilt.

Und es gibt eine Justiz, die darüber urteilt, ob jemand das Verbotsgesetz oder andere Gesetze übertritt. Und wenn jemand Mörder oder Terrorist ist, schützt ihn auch keine parlamentarische Immunität. Deshalb nochmal die Frage: Warum diese haltlosen und schwerwiegenden Vorwürfe?

Die zitierten Aussagen, die in einem politischen Zusammenhang geäußert wurden, sind von der Immunität geschützt. Bei Aussagen von Ariel Muzicant gelten andere Maßstäbe als bei Martin Graf.

Haben Sie je die Aufhebung der Immunität beantragt, damit eine unabhängige Justiz diese Vorwürfe prüfen kann?

Das ist juristisch gar nicht möglich. Ich glaube, das Problem der FPÖ besteht darin, dass sie ständig Doppelbotschaften ausschickt. Der letzte Auftritt von Heinz-Christian Strache in der Zeit im Bild hat das deutlich gezeigt. Erst hat er sein tiefes Mitgefühl mit den Opfern des Nationalsozialismus ausgedrückt und anschließend hat er sich wieder mit ihnen verglichen. Ich habe auch nicht in allen Details die richtige Sprache gefunden. Im Rahmen einer Sozialdebatte habe ich mal die Formulierung »durch den Rost fallen« verwendet. Ein Überlebender hat damals zugehört und mich gebeten, mich dafür zu entschuldigen. Ich habe das aus Unwissenheit getan, aber mir ist da klar geworden, wie viel man anrichten kann und das gilt natürlich vielmehr, wenn jemand wie die FPÖ bewusst mit solchen Doppelbotschaften spielt.

Aber es ist ein Unterschied, jemanden persönlich auf Fehler hinzuweisen oder, wie im Fall der FPÖ, die Empörung öffentlich zu artikulieren, pauschal zu verurteilen und damit Aufmerksamkeit zu generieren. Das nützt am Ende nur Heinz-Christian Strache. Die FPÖ liegt bundesweit sicher unter den ersten drei Parteien mit über 20 Prozent und das sind ja nicht alles Nationalsozialisten.



Da geht es mir ja überhaupt nicht um die Wählerinnen und Wähler, sondern um einen Großteil der Funktionäre, insbesondere die schlagenden Burschenschaften. Das Problem bei Martin Graf war und ist, dass er sich nicht von der Olympia distanziert, obwohl auf dem Weg dorthin Holocaustleugner verhaftet werden oder rechts-extreme Liedermacher auf der Bude singen.

Aber das ist nach Verbotsgesetz alles verboten und die Burschenschaft Olympia ist es noch nicht.

Das nicht, aber es distanzieren sich ja sogar andere Burschenschaften von der Olympia, weil diese so weit rechts steht.

Ist Heinz-Christian Strache für Sie ein Nationalsozialist?

Er schickt auf jeden Fall Doppelbotschaften aus und ich bin mir nicht sicher, was er für ein Verhältnis zur österreichischen Vergangenheit hat.

Wie wichtig ist das Verhältnis zur Vergangenheit im Vergleich zum Verhältnis zur Gegenwart?

Uns Grünen ist das sehr wichtig. Wir haben da in den letzten Jahren auch viel gearbeitet, um die Wehrmachtsdeserteure zu rehabilitieren oder eine ordentliche Aufarbeitung der NS-Urteile zu bewirken. Man kann Gegenwartspolitik nicht ordentlich gestalten, wenn man die Vergangenheit ausblendet. Ich komme aus Kärnten, da gibt es noch immer viele Geschichten, die nicht aufgearbeitet sind.

Sie waren auf derselben Schule wie FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl, sogar in derselben Klasse. Können Sie aus dieser persönlichen Erfahrung nicht ableiten, dass es durchaus eine nationale Haltung geben kann, ohne dass es gleich eine nationalsozialistische ist?



Fotos: Michael Thurn

Ja natürlich, das ist ja überhaupt kein Thema. Ich will mich zum Hintergrund von Herbert Kickl nicht äußern.

Liegt der Grund dafür, dass die FPÖ solche Sprüche eben nicht unterlässt, nicht auch darin, Aufmerksamkeit zu erregen? Und machen Sie sich mit der affektierten Empörung und den inflationären Rücktrittsforderungen nicht zur Gehilfin dieser Erregungspolitik?

Es wäre hundertprozentig gegen meine politische Überzeugung zu solchen Entgleisungen zu schweigen. In Vorarlberg hat der FPÖ-Spitzenkandidat Dieter Egger gesagt, dass der Direktor des jüdischen Museums ein »Exiljude aus Amerika« sei und zurück an die Ostküste gehen soll. Dabei ist Hanno Loewy in Frankfurt am Main geboren. Zu so etwas zu schweigen ist aus meiner Sicht nicht möglich. Wenn ein dritter Nationalratspräsident in einem Land, in dem 65.000 Juden ermordet wurden, gegen den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde hetzt, also gegen den Vertreter der Juden, dann ist das keine übertriebene Empörung. Es gab ja im Parlament auch eine sehr breite Mehrheit, die Abwahlmöglichkeiten für den dritten Nationalratspräsidenten wollte. Gescheitert ist es an einer kleinen Gruppe in der ÖVP.

Und Martin Graf ist nach wie vor durch Wahl legitimiert.

Nein, das ist falsch. Es ist lediglich eine parlamentarische Usance, dass die drittstärkste Fraktion einen Vorschlag für den dritten Präsidenten des Nationalrates macht und die anderen Parteien diesen bestätigen. Das steht in keiner Geschäftsordnung und die Mehrheit im Haus kann ohne Weiteres einen anderen Präsidenten wählen.

Das hat sie aber nicht gemacht.

Richtig, weil sich vor allem die ÖVP auf diese Usance berufen hat. Ich war immer der Meinung, dass diese Wahl nicht nach Usancen entschieden werden sollte, sondern tatsächlich durch eine Wahl. Es

wurden ja auch schon dritte Nationalratspräsidenten vorgeschlagen, die nicht gewählt wurden. 1996 zum Beispiel Herbert Haupt.

Aber die permanente Forderung nach politischem Rücktritt zwingt ja den Herausgeforderten auch in seinem Amt zu bleiben. Das ist ein Automatismus jedes politischen Egos. Und ich hatte nicht den Eindruck, dass es noch viele Menschen interessiert, wenn Sie als Parteichefin der zweitgrößten Oppositionspartei den fünften Mann im Staate zum Rücktritt auffordern. Das ist formal betrachtet ja ein riesiger Staatsakt, aber er verpufft im Strudel der alltäglichen Presseaussendungen.

Viele dieser Rücktrittsaufforderungen, die ich in meiner politischen Laufbahn geäußert habe, richteten sich an einen Finanzminister Grassler und einen Minister Gorbach. Die werden jetzt nach zehn Jahren das erste Mal von einem Untersuchungsausschuss geprüft. Da wird noch viel ans Licht kommen, wie Gesetze gekauft werden, wie Parteien indirekt über Agenturen mit Spenden versorgt werden. Das ist in Deutschland alles verboten, in Österreich ist das grundsätzlich erlaubt. Und mit einer gewissen politischen Kultur hätte es damals schon genügend Gründe gegeben, das ernst zu nehmen. Jetzt muss es durch den Untersuchungsausschuss passieren und daraus werden dann sicher auch Verschärfungen bei den Antikorruptionsbestimmungen folgen.

Sie haben in anderen Interviews mehrfach davon gesprochen, dass die Schlüssel-Regierung eine ganze Schar von Korruptionsanwälten beschäftigt. Bis heute. Beim letzten Bundeskongress haben Sie eine Parteifreundin zustimmend zitiert, die meinte, dass „alle anderen Politiker korrupt sind“. So pauschal können Sie doch Ihre Konkurrenz gar nicht ernsthaft verurteilen.

Fast alle Verfahren, die die Justiz begonnen hat, haben mit Anfragen im Parlament oder Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft durch grüne Abgeordnete begonnen. Peter Pilz, Gabi Moser und Ralf Holub. Buwog, Hypo Alpe Adria, Telekom – es gäbe in keinem einzigen dieser Fälle ein Verfahren ohne grüne Aufdeckerarbeit. Und ohne Präzision wäre das nie gelungen, denn mit Pauschalurteilen hätte man die Justiz nicht in Bewegung setzen können.

Aber inzwischen sind Sie bei einem sehr pauschalen Misstrauensgrundsatz angelangt und ich habe den Eindruck, dass sich dieser auch in der Bevölkerung breit macht. Politiker sind korrupt, dieser These stimmen inzwischen über 70 Prozent der Bevölkerung zu. Ist das auch Ihre Grundannahme in der parlamentarischen Arbeit?

Wir haben zahlreiche Korruptionsfälle bei ÖVP, FPÖ, BZÖ und der SPÖ, die jetzt im Korruptionsausschuss aufgearbeitet werden.

Bis jetzt aber ohne Verurteilungen auf dieser Ebene.

Ja, aber man muss das auch politisch bewerten, wenn eine Medienlandschaft durch Anzeigen und Inserate verzerrt wird. Und mit Franz Olah, Bruno Kreisky, Fred Sinowatz und Hannes Androsch gab es sowohl Kanzler als auch Minister, die verurteilt wurden. Olah wegen widmungswidrig verwendeter Gewerkschaftsgelder, Kreisky, weil er Simon Wiesenthal als Nazi-Kollaborateur beleidigt

■ DAS FAZITGESPRÄCH

hat, Sinowatz wegen Falschaussagen und Androsch wegen Steuerhinterziehung.

Aber daraus kann man doch nicht ableiten, dass „alle“ Politiker Verbrecher sind. Die von Ihnen ins Lächerliche gezogene Unschuldsvermutung ist doch ein wesentlicher Bestandteil dieses Rechtsstaats. Wir müssen doch erst einmal davon ausgehen, dass jeder, der im Nationalrat sitzt, das Beste für dieses Land will und ordentlich arbeitet.

Da haben Sie vollkommen recht, aber Sie dürfen nicht vergessen, dass es in diesem Bereich keine strengen Gesetze gibt. Viele Dinge, die in Deutschland unter Strafe verboten sind, sind hier legal. Der Untersuchungsausschuss wird auch nicht wahnsinnig viele Ergebnisse liefern, die zu strafrechtlichen Konsequenzen führen. Es gibt hier kein Strafrecht, das greift. Was Hubert Gorbach gemacht hat, ist erlaubt. Also zumindest das, was bis heute bekannt ist.

Besteht der größere Skandal dann nicht darin, dass die Gesetze zu viel erlauben?

Ja, natürlich. Auch der Fall Strasser wäre in Österreich erlaubt. Es darf jemand Geld dafür erhalten, dass er einen Gesetzesantrag so schreibt, wie es der Geldgeber will. Und das ist der Grund, warum wir von der Greco (Staatsgruppe des Europarates gegen Korruption) und anderen Antikorruptionsrankings als Entwicklungsland geführt werden. Der Ausschuss muss also mindestens die Konsequenz haben, dass die Gesetze angepasst werden. Spendenwäsche muss verboten werden, Parteispenden ab einer gewissen Größe müssen offengelegt werden.

Bei beiden Themen, der Korruptionsbekämpfung und dem Antifaschismus, erscheinen die Grünen als Partei weit links im gesellschaftlichen

Spektrum. Ist das der Platz, wo sich die Grünen 25 Jahre nach ihrem ersten Einzug ins Parlament sehen?

So leicht lassen wir uns in dieses Spektrum nicht einordnen. Der Gründungsmythos der Grünen als Widerstand gegen die Umweltzerstörung hat ja auch einen sehr bürgerlichen Hintergrund. Dazu kam dann eine gesellschaftlich sehr breite Friedensbewegung.

Für wen machen Sie Politik?

Unser stärkster Auftrag ist es ein Wirtschaftssystem zu gestalten, das die Lebensgrundlage nicht mittelfristig zerstört. Dazu gehören Klimaschutzpolitik, Anti-Atom-Politik und Green Economy ...

Das ist sehr inhaltlich, aber für wen machen Sie diese Politik? Man muss ja auch wissen, wem diese programmatischen Richtlinien nützen sollen?

Das hängt schon sehr eng zusammen. Für uns sind immer die Menschen in Ausbildung wichtig – angefangen vom Kindergarten bis zum freien Hochschulzugang. Das sind zwei Millionen Menschen, auch wenn die noch nicht alle wählen dürfen. Das ist aus meiner Sicht keine Klientelpolitik, sondern ein Auftrag, dass bei aller Spardiskussion in diesem Bereich nicht gekürzt werden darf, sondern investiert werden muss.

Es ist ja nicht negativ, als Partei eine Klientel zu haben. Im Gegenteil, ich würde gern wissen, welche Klientel die Grünen vertreten.

Wir versuchen auch weiter ein vernünftiges Konzept für Europa zu entwickeln. Da ist es momentan besonders schwierig die Gerechtigkeitsfrage zu beantworten.

Mit diesen drei Themen können Sie auch ohne Probleme den Sozialdemokraten beitreten.

SIE WOLLEN IHN BESITZEN.
ER WARTET SCHON AUF SIE.

www.peugeot.at



**JETZT: OPTIONEN ZUM HALBEN PREIS
ODER 4 WINTERRÄDER AUF ALUFELGEN.**

RCZ 1.6 THP 160

Jetzt ab € 28.990,-*

Inklusive 2-Zonen-Klimaautomatik, CD-Radio MP3-fähig, Nebelscheinwerfer, Alufelgen 18" „Original“, Einparkhilfe hinten u.v.m.

PEUGEOT EMPFIEHLT TOTAL CO₂-Emission: 139 – 168 g/km, Gesamtverbrauch: 5,3–7,3 l/100 km. *Unter Berücksichtigung von Messe-Bonus und € 650,- Ersparnis. Gültig für Privatkunden bei Kauf eines Lagerfahrzeugs bis 29.02.2012 und Auslieferung bis 31.03.2012. Unverb. empf., nicht kartell. Richtpreise in € inkl. NoVA, MWSt. Änderungen sowie Satz- und Druckfehler vorbehalten. Symbolfoto.

PEUGEOT **RCZ** Made in Austria 



PEUGEOT
MOTION & EMOTION

Jetzt bei Ihrem SÜDOST-Partnerbetrieb: Autohaus Kalcher 8350 Fehring, Tel: 03155/2424-0, www.peugeot-kalcher.at, Autohaus Florian 8291 Burgau, Tel: 03383/2223, www.peugeot-florian.at, Autohaus Tschernschitsch 8471 Unterschwarza, Tel: 03453/2273, www.peugeot-tschernschitsch.at, Autohaus Wallner 8010 Graz, Evangelimanngasse, Tel: 0316/4725170, www.peugeot-wallner.at, Autohaus Rasser 7411 Markt Allhau, Tel: 03356/240-0, www.peugeot-rasser.at, Autohaus Franz Wagner 7512 Kotezicken, Tel: 03366/77253, www.peugeot-partner.at/wagner, Autohaus Brunner 7534 Olbendorf, Tel: 03326/52710, www.peugeot-partner.at/brunner, Anton Zoff KG 9181 Feistritz, Tel: 04228/2127, www.peugeot-partner.at/zoff, Autohaus Josef Trummer 8421 Seibuttendorf, Tel: 03184/2344, www.peugeot-partner.at/trummer, Autohandel Sampt 7540 Güssing, Tel: 03322/42478, www.peugeot-partner.at/sampt

Das glaube ich nicht. Wie kommen Sie darauf, dass die SPÖ eine pro-europäische Partei ist?

Die SPÖ in Österreich ist da sicher ein schwerer Fall, aber Hannes Swoboda sorgt im Europaparlament für mehr Wirkung als Ulrike Lunacek und Eva Lichtenberger.

Den Kotau, den Werner Faymann vor dem verstorbenen Herausgeber der Krone gemacht hat, muss man da aber schon mitbedenken. Und in Bildungsfragen kann man als SPÖ eh sagen, dass man für frühkindliche Förderungen, gegen Studiengebühren und für die Neue Mittelschule ist. Aber das war es dann auch ...

Das sind doch die zentralen Forderungen.

Aber es hat keine politische Priorität. Wir reden ja nicht über eine Oppositionspartei, sondern über die Kanzlerpartei. Und es mag Überschneidungen von Grünen und anderen Parteien geben, das werfe ich ja niemandem vor.

Das ist ja auch nicht meine Kritik. Aber mir ist nicht klar, wer Sie warum wählen soll. Neben mir Ihr Kernthema, die Umweltpolitik: Da sind die Grünen manchmal progressiv und bürgerlich wie Rudi Anschober in Oberösterreich und manchmal hantieren sie mit gut gemeinten Verboten wie Lisa Rucker in Graz.

Lisa Rucker hat doch in ihrem Ressort mit der Magistratsreform durchaus positive Akzente gesetzt und ich glaube, dass das auch honoriert wird. Und ich finde, dass man bei Grünen überall zuerkennen kann, dass sie auch unpopuläre Maßnahmen ergreifen und Klartext reden. Und Lisa Rucker hat Werte, die sie nicht an der Garderobe abgegeben hat. Graz ist eine Stadt mit einer sehr bürgerlichen Tradition, Wien ist geprägt von einer sehr machtbe-

wussten SPÖ. Das beeinflusst auch die Möglichkeiten, die man als Grüne hat. Die Richtung, in die wir ziehen, die ist aber bei den Wählern bekannt. Wir Grüne haben auch gesagt, dass wir uns um die Ein-Personen-Unternehmen kümmern, denn die werden von SPÖ und ÖVP vergessen. Da wird vollkommen ignoriert, dass es 450.000 Menschen gibt, die ihren eigenen Arbeitsplatz organisieren und vollkommen andere Wirtschaftsregeln brauchen als andere Unternehmen.

Der junge Tiroler Abgeordnete Gebi Mair hat vor wenigen Wochen Ihren Rücktritt gefordert, weil er »klare Konturen« vermisst. Er hat das sofort wieder zurückgenommen und sich entschuldigt. Wie sehr hat Sie das in diesem Moment beschäftigt?

Ich hab sofort versucht ihn zu erreichen, aber das hat leider nicht geklappt, weil er nicht an sein Handy gegangen ist. Aber natürlich nehme ich Kritik immer ernst.

Wenn man so oft Rücktritte fordert, wie Sie es getan haben, legt man sich dann auch selbst ein Konzept zurecht, wie man sich einmal stilkvoll von der politischen Bühne verabschiedet?

Also ich glaube, ich verdiene zumindest die Chance, dass ich bei der nächsten Wahl als Spitzenkandidatin für die Grünen wahlkämpfen darf. Alles andere sehen wir dann später.

Haben Sie sich dafür schon ein Ziel gesetzt?

Ja, das wird Sie freuen: 15 Prozent.

Frau Glawischnig, vielen Dank für das Gespräch.

www.generali.at

Ich werde mich auch mit 70 noch **wie mit 17** fühlen. Wie's aussieht auch finanziell.

Mimi B., 50, Bregenz

Verstanden:

**Die PRIVAT Invest
der Generali**

Nähere Infos Regionaldirektion Steiermark, Conrad-von-Hötzendorfstraße 8, 8010 Graz,

Tel.: 0316/80 56-0, E-Mail: office.stmk@generali.at

Um zu verstehen, muss man zuhören.

Unter den Flügeln des Löwen.



Zur Lage

(45)

Wie immer zuviel über den Österreichischen Rundfunk, etwas über ACTA, wenig über Wulff und fast nichts zu A1.

VON CHRISTIAN KLEPEJ



Fotos: Mara, Ashrafui Kadir, Jerine Lay, Louise Docker, Andrew Lawlor, David Baron, Enlarge

Österreich wählt den größten Opernballmoment.« So oder so ähnlich hat letzten Freitag eine Unterhaltungsshow im Österreichischen Rundfunk geheißen. Die Show selber habe ich nicht gesehen, aber den rund 940 Ankündigungsslots für diese Sendung in den Tagen davor konnte ich mich nicht ganz entziehen.

Da saßen irgendwelche Pappendeckel und andere Z-Promis in irgendeiner Neunzigerjahre-Privatfernsehkulisse im Halbkreis herum und haben sich diese großen Momente gemeinsam angeschaut. (Wahrscheinlich war dieses blonde Spartestimonial auch dabei, da kann ich mich aber nicht genau erinnern und es wäre ja auch – gerade in Zeiten der Krise – verantwortungslos, damit Speicherplatz im Gehirn zu verschleudern. Da merk ich mir lieber ihr süßes wie tonloses Lächeln.) Ein, zwei Wochen vorher wurde an einem anderen ORF-Freitag das »größte Weihnachtslied aller Zeiten« eruiert. Auch so ein ganz großer Moment in

»Oder Christian Wulff, dieser bundesdeutsche Präsident mit dem Händchen für günstige Gelegenheiten.«

der Geschichte des österreichischen Fernsehens. Aber der Niko Pelinka, der ist nicht Büroleiter geworden.

Ich sage Ihnen, drei Nikos hätten die im Büro des Generaldirektors unterbringen können, das wäre mir vollkommen egal gewesen. Wären nur die Inhalte dieses sich als öffentlich-rechtlicher Sender tarnenden Vertrottelungsprogrammes einigermaßen von Gehalt.

Aber was solls, ich rege mich neuerdings sowieso immer öfter über Dinge auf, die die veröffentlichte Allgemeinheit kalt lassen. Muss wohl an mir liegen, wahrscheinlich ist es das Alter. Dafür regt mich wenig auf, was im weltweiten österreichischen Internetz

Hinz und Kunz für aufregenswert empfinden. Etwa dieses ATTAC, pardon, ACTA meine ich. Gegen dieses ACTA sollen laut Netz die in diesen Monaten berühmt gewordenen 99 Prozent aller Lebewesen sein. Dabei bezweifle ich, dass der Prozentsatz jener, die zumindest einmal das Akronym ACTA auflösen können, eindeutig zweistellig zu beziffern ist. Gut, das ist nur eine Vermutung, ich lass mich gerne eines Besseren belehren. Meinen tut ACTA jedenfalls Anti-Counterfeiting Trade Agreement, was soviel bedeutet wie »Antiproduktpiraterie-Handelsabkommen«.

Grundsätzlich geht es also um Produktpiraterie bzw. um deren Vermeidung. Als einfacher Mensch denk ich mir, na ja, das ist ja gar nicht so schlecht, wenn etwa für Filme oder Musikstücke, die ja irgendwer um ab und an dann doch teures Geld produziert hat, auch was zu bezahlen ist. Weit gefehlt, die Netzgemeinen lehnen das strikt ab und fürchten um die Freiheit im Internet. Dass

sich die Gleichen, die grad den neuesten Hollywood-Schinken irgendwo illegal runtergeladen haben, dann aber fürchterlich alterieren, wenn einer ihrer maximal 140 Zeichen langen Sprüche auf Twitter von einem anderen kopiert wird, ist wohl nur ein weiteres Zeichen für diese Internetfreiheit, die die meinen. Aber ich muss mich da ja auch nicht auskennen. Außerdem kommt dieses ACTA ja nicht aus der neuen Superdemokratiezone Naher Osten oder etwa der freien Republik Iran, sondern aus dem Reich des Bösen, aus den Vereinigten Staaten von Amerika nämlich. Und da ist heutzutage wohl automatisch ein Mehr an Vorsicht geboten. (So ändern sich die Zeiten nicht.)

Oder Christian Wulff, dieser bundesdeutsche Präsident mit dem Händchen für günstige Gelegenheiten. Das wars übrigens schon, was man ihm substanzvoll vorwerfen kann, und trotzdem vergeht seit Wochen keine bundesdeutsche Talkshow, in der nicht der eine Chefredakteur, die andere Politberaterin oder irgendein lächerlicher Spitzname per E-Mail »direkt in die Sendung« große Betroffenheit über diese Ansammlung von Unklarheiten auslassen darf. Besonders gut gefallen hat mir die sich als »Internetaktivistin« bezeichnende namenlose junge Dame, die bei Günther Jauch vollkommen ironiefrei davon radebrach, dass »sie als Souverän« fordere, Wulff möge zurücktreten. (Vielleicht hat sie aber auch gefordert, er möge füsiliert werden; ob ihrer großen Empörung verschwimmt bei mir da die Erinnerung.) Sie werden jetzt erschüttert sein, aber trotzdem muss ich Ihnen gestehen: Als großer Demokrat vor dem Herren ist mir der letzte absolutistische Herrscher lieber, der mit wenigstens etwas Fug solche Reden schwingt (L'État, c'est moi, wir kennen das), als wenn sich jetzt jeder dahergesurfte Internetafuzzi mit »dem Souverän« verwechselt. Egal, jetzt ist er ja eh zurückgetreten.

Abschließend wollte ich mich mit Ihnen noch ein bisschen über unsere Politik unterhalten, da ereilt mich gerade am Schreibtisch eine Nachricht vom Fischer Michi, er bräucht einen Tourbus für den Sohn oder wenigstens ein paar Tausender für die Tochter. Wenns bloß eine Kitzbühelkarte wird, solls auch sein, schreibt er. Und weil ich ja schon seit 1991 so ein Mobiltelefon hab, hat er gedacht, ich könnte da vielleicht was machen. Ich helfe ja gerne, deswegen schließe ich jetzt und schreib was an die Telekom. Irgendwas bleibt immer hängen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass eine große Koalition dem Lande nicht nutzen kann. ■

UND IHR* FAZIT?



Sie wollen das unabhängige Wirtschaftsmagazin abonnieren?
Bestellen Sie Ihr Abonnement einfach im Internet unter fazitmagazin.at/abo
Ein Jahr und zehn Ausgaben für nur 20 Euro.
Das ist Wirtschaft und mehr. Aus dem Süden.

KLEPEJS KLEINES INTERNETTES SCHAUFENSTER (LVIII) **MIST UND musts**



WR Schneeracing
Rennrodel von Gallzeiner
ab 250 Euro
gallzeiner-rodel.at

KLIMAWANDELN Endlich! Hat uns der Schnee erreicht. Gut, in der Stadt geht er uns außer zu Weihnachten ja recht schnell auf die Nerven, am Lande aber verzaubert er mir die Pack etwa in ein wahres Winterwunderland. Und was freut mich schon auf den nächsten Freitag, wo das Wochenende gute Gelegenheit zu ausgiebigem Rodelvergnügen bietet. Wirklich gut ausgerüstet ist man da übrigens mit einer Rennrodel von »Gallzeiner« aus dem tirolerischen Buch bei Jenbach. Dort werden seit mehr als 50 Jahren im Familienbetrieb Rodeln ausschließlich in handwerklicher Präzision hergestellt. Viel Spaß im Schnee damit!

AUFWÄRMEN Nach der Rodelpartie ist dann eine Tasse Tee die beste Art, für innere Aufwärmung zu sorgen. Ich selbst trinke ja regelmäßig Tee aus Beuteln als erstes Getränk am Tag. Dagegen hat sich jetzt im Netz die (nona) englische »Rare Tea Company« in Stellung gebracht, für die industriell gefertigte Teebeutel zu den wohl größten Kultursünden zählen. Gekostet habe ich den Tee, der im

Übrigen wunderbar verpackt daherkommt, persönlich noch nicht; aber ich vertraue da quasi blind der Expertise unseres Chefs vom Dienst, der mir dieses Produkt ans Herz gelegt hat. Dass sich Rare Tea um fairen Handel bemüht, dass großer Wert auf umweltfreundliche Verpackung gelegt wird und dass etwa beim Transport des Rohstoffes nach England auf das Flugzeug verzichtet wird, versteht sich von selbst.

Tee bester Qualität
verschiedene Sorten
ab 7 Pfund (50 g)
rareteacompany.com



VORLESEN Der Italiener Antonio Scarponi hat in New York Architektur und danach in Venedig Design studiert. Sein von ihm gegründetes Büro »Conceptual Devices« hat nun Tanto, einen Platz zum (Vor-)Lesen und Schreiben von Märchen, präsentiert. Es handelt sich dabei um einen äußerst strapazierfähigen Sitzsack aus Kunststoff (auch für den Einsatz im Freien konzipiert) mit Baumwollfüllung in Form eines Elefanten. Den werden Ihre Kinder und Sie lieben.

Tanto
Sitzsack aus Kunststoff
in Form eines Elefanten
350 Dollar
conceptualdevices.com



Schüsse in Zu viel Ehre

VON MICHAEL THURM

Anders Breivik hat nichts auf der Bühne des Grazer Schauspielhauses zu suchen. Nicht einmal, wenn es nur ein, zwei Sätze sind. Nicht einmal, wenn diese zu einer frühen Fassung von Henrik Ibsens „Nora“ passen, die zuletzt am Schauspielhaus Premiere hatte.

Es ist genug der Ehre, wenn sich die Medienlandschaft dazu missbrauchen lässt, Bilder und Texte des Attentäters von Norwegen auf ihren Titelseiten zu stilisieren, der 77 Menschen ums Leben gebracht hat. Das Grazer Schauspielhaus muss nicht auch noch dessen krudes Pamphlet „2083“ in eine scheinbar harmlose Inszenierung einbauen. Das ist weder eine Auseinandersetzung mit Breivik noch mit jenen sozialdarwinistischen Thesen, die sowohl von Henrik Ibsen als auch von Breivik vertreten werden. Das ist auch kein „Spiel mit der Provokation“. Das ist einfach dumm. Denn die Verwendung dieser wenigen Sätze, die man während des

KALENDERWERTIG

OPER GRAZ

Premiere am 2. März: Gigi
Kammerkonzert, Konzert für die
Klarinettenfamilie, 5.3.
Gershwin für Kinder, 8.3.
Ein Walzertraum, 10.3.
Tanz Nite, 14.3.
Opernbrunch, 18.3.
Elektra, 21.3.
Premiere am 22. März:
Deal.West.East
Premiere am 30. März:
Maria Stuarda

SCHAUSPIELHAUS GRAZ

Nora oder Ein Puppenhaus, 1.3.
Der Untergang des Hauses Wuppertal, 2.3.
Geister in Princeton, 3.3.
Wanda, 3.3.
Diagnose: Jazz, 4.3.
Darf ich bitten, 4.3.
Phädra, 7.3.
Ein Sommernachtstraum, 8.3.
Punk Rock, 8.3.
Die Dreigroschenoper, 9.3.
Biedermann und die Brandstifter, 9.3.
Minna von Barnhelm, 10.3.
Die Kaufleute von Graz, 12.3.
Don Carlos, 13.3.
Der goldene Drache, 14.3.
Rechnitz (Der Würgeengel), 16.3.
Berge versetzen, 16.3.
Gut gegen Nordwind, 17.3.
Die Wasmahatdashatmagandhishow, 19.3.
H. Eine Verweigerung, 21.3.
Balladen, Balladen, Balladen!, 24.3.
Weibsstücke, 27.3.
Werther, 28.3.
Actors Bar, 28.3.
Open Stage, 30.3.

DOM IM BERG

Zukunft am Wort, 7.3.
Wiener Idylle, 8.3

COMIC



Rex Danny, mittlerweile auch in der deutschen Übersetzung als »Buck Danny« veröffentlicht, ist eine frankobelgische Comicserie der Autoren Georges Troisfontaines, Victor Hubinon und Jean-

Michel Charlier, die seit 1947 die Abenteuer eines amerikanischen Jetpiloten erzählt. Im Salbeck-Verlag erscheint nun eine hochwertige Gesamtausgabe. Bisher sind drei Bände verfügbar, im März soll der vierte Band herauskommen. In Graz etwa bei »Comic and Cars« in der Annenstrasse zu haben. ■



ns Schauspielhaus für einen Terroristen

Stückes nicht einmal erkennt, ruinieren alles, was an „Nora oder ein Puppenhaus“ hätte gut sein können.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn moderne Texte eingebaut werden, es ist auch nichts gegen die Neudeutung Henrik Ibsens zu sagen, durch die das Stück eher zu einer Kritik der Lebensökonomisierung als des Patriarchats wird. Nein, das alles gelingt gut und treffend und vor allem dank eines bestechenden Gerhard Liebmann (bekannt aus »Lourdes« und »Atmen«), der die Rolle des Nils Krogstadt zur heimlichen Hauptfigur des Stückes macht. Er ist der traurige Held, der versucht seine kleinen Geheimnisse gegen die Mechanismen der großen Macht einzusetzen. Die Ausschnitte, die er aus Heiner Müllers „Der Auftrag“ spricht, könnten großes politisches Theater sein. Aber aus irgendeinem Grund hat Regisseur Wojtek Klemm beschlossen, doch noch dem alten Ibsen seinen Platz zu lassen und „Nora“ in den Mittelpunkt seines Dramas, denn genau das ist es im Wesentlichen, zu

stellen. Evi Kerstephan überzeugt in dieser Rolle als taffe Frau, die zur Selbstbestimmung findet; nur die Rolle überzeugt nicht mehr. Und so gibt es an diesem Abend nur einen Gewinner und der heißt Anders Behring Breivik. Er hat es geschafft, sich nahezu unbemerkt auf die Bühne des Schauspielhauses zu schießen – denn hätte er nur sein Pamphlet veröffentlicht, wäre es uns wohl nie bekannt geworden – und er zwingt damit diese Rezension zum Widerspruch.

Dabei wäre die Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Thema des Stückes, nämlich der zunehmenden Selbstausslieferung unseres Lebens an wirtschaftliche Mechanismen, lohnenswert gewesen. Ebenso wie eine ausführlichere Würdigung der Protagonisten. Schade. ■

Weitere Aufführungen:

Nora oder ein Puppenhaus von Henrik Ibsen 1., 2., 7., 20. und 21. März sowie 14. und 24. April. Beginn jeweils 19 Uhr im Grazer Schauspielhaus



Tandl macht Schluss!

Allmonatliche Finalbetrachtungen von Johannes Tandler

Das größte Gift für die Sanierung Griechenlands wäre wohl der Verbleib im Euro ...

Der Eiertanz der Euro- und Griechenland-Rettung geht in die nächste Runde. Unter Wirtschaftsexperten steht zwar außer Streit, dass es Griechenland unter den gegebenen Rahmenbedingungen gar nicht schaffen kann, wieder auf Wachstumskurs zu gelangen. Dennoch werden demnächst weitere 130 Milliarden Euro in das Fass ohne Boden geworfen. Den europäischen Bürgern soll der Eindruck vermittelt werden, dass „Merkozy“ und Anhang hart geblieben sind und Griechenland auf Sparkurs gebracht haben.

Unter EU-Romantikern ist inzwischen bereits die Rede von einem europäischen Marshall-Plan, um die Helenen wieder auf die Beine zu holen. Dabei beziehen die Griechen bereits seit Jahrzehnten wesentlich höhere Transferleistungen aus Brüssel als irgendein anderes EU-Land. Im Jahr 2008 zahlte die Kommission an rund 11 Millionen Griechen unglaubliche 6,3 Milliarden Euro aus ihren Strukturfonds aus. Den gleichen Betrag erhielten die rund 50 Millionen wesentlich ärmeren Einwohner von

Rumänien, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Litauen, Bulgarien, Lettland, Estland und Litauen zusammen. So betrug das BIP je Einwohner in Griechenland im Jahr 2008 völlig irreal 18.600 Euro, das eines Bulgaren nicht einmal 3.700 Euro, und selbst die stark industrialisierten Tschechen erwirtschafteten nur rund 11.700 Euro.

Bei Betrachtung dieser Zahlen erübrigt sich die Antwort auf die Frage, welchen Anteil die EU-Politik daran hat, dass das griechische System so ineffizient ist. Denn auf Griechenland scheinen sämtliche Plattheiten zuzutreffen, die einem in diesem Zusammenhang einfallen: „Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht“ ist eine solche und umschreibt etwa den beharrlichen Widerstand der griechischen Politiker, ihre Bürger mit der Tatsache zu konfrontieren, dass sie den Euro eigentlich nur dazu genutzt haben, um sich über beide Ohren zu niedrigen deutschen Zinsen zu verschulden und die Kredite für Wahlgeschenke zu konsumieren, anstatt damit das Land nachhaltig zu modernisieren.

Das größte Gift für die Sanierung Griechenlands wäre wohl der Verbleib im Euro, denn ohne Abwertung hat das Land eigentlich keine Chance mehr, seine Wirtschaft konkurrenzfähig zu bekommen. Das ist zwar den meisten Ökonomen klar, Angela Merkel, Nicolas Sarkozy und Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker hören dennoch nicht damit auf, die Griechen in die falsche Hoffnung zu wiegen, dass sich mit Spardiktaten und Beamtenentlassungen die griechische Konjunktur stimulieren ließe.

Eine andere Weisheit aus dem Wirtschaftsleben lautet: „Wirf niemals gutes Geld dem schlechten hinterher!“ Damit ist gemeint, dass ein Sanierer rechtzeitig erkennen muss, ob es Sinn macht, ein angeschlagenes Unternehmen zu retten oder in die Pleite zu schicken. Und dass Griechenland nicht zu retten ist, liegt ja auf der Hand. Es wäre jedoch naiv, anzunehmen, dass die EU-Re-

gierungschefs nicht über die Folgen ihres Rettungsdilettantismus informiert sind. Zumindest die Klügeren unter ihnen wissen genau, dass sie mit ihrem Aktionismus zwar die europäischen Steuerzahler schädigen, gleichzeitig jedoch Zeit gewinnen. Zeit, die sie für Italien und Spanien herausschlagen wollen, um dort mit denselben untauglichen Mitteln die Gefahr einer Staatspleite einzudämmen.

Für die EU ist es objektiv betrachtet tatsächlich ziemlich egal, ob das Geld der Steuerzahler nach Griechenland überwiesen und von dort an die Gläubigerbanken weitergesendet wird oder ob es ohne Umweg über Athen direkt zur Rettung der systemrelevanten Banken fließt. Solange der Schein gewahrt bleibt, dass Griechenland zahlt, werden trotz heftiger Gegenspekulationen zumindest die „Credit Swaps“, die Ausfallsversicherungen für griechische Anleihen, nicht fällig. Daher zeichnet sich folgendes Szenario ab: Griechenland erhält die 130 Milliarden und finanziert jenen Teil seiner 340-Milliarden-Schuld, der nicht wegverhandelt werden kann. Erst danach folgt die Staatsinsolvenz. Zur Rettung der systemrelevanten Gläubigerbanken muss zwar noch einmal eine große Summe eingesetzt werden, doch die unbedeutenden Gläubiger werden auf ihren Schulden sitzen bleiben und sich anders mit den Griechen einigen müssen. Danach beginnt in Griechenland mit viel frischem Geld aus Brüssel das neue Drachmen-Zeitalter und das Spiel kann von vorn beginnen. ■

Sie erreichen den Autor unter johannes.tandl@wmedia.at

Schon 26 Mal auf der
Häuslbauer-Messe und
immer das gleiche
Ergebnis.



*Mag. Susanne Schneider-Assion
Geschäftsführende Gesellschafterin
ODÖRFER Mein Bad. Meine Heizung.*

Warum man als AusstellerIn immer wieder gern zur **messe|graz** kommt?
Eine säulenfreie und vollklimatisierte Halle mit einer auf bis zu 30.000 m²
erweiterbaren Fläche, modernste Technik, ein faszinierendes architektonisches
Raumkonzept und begeisterte BesucherInnen sind Grund genug.

Das Ergebnis ist immer das gleiche.

T. 0043 316 8088-228
www.mcg.at

messe | graz
stadthalle | graz



HEILTHERME

Quellenhotel & Spa • Bad Waltersdorf

Die Quelle der Ruhe

Quellenhotel & Spa****, Heiltherme Bad Waltersdorf

Eintauchen in die „Quelle der Ruhe“ und die Seele baumeln lassen im Quellenhotel & Spa**** und der Heiltherme Bad Waltersdorf! In der Quellenoase, der hoteleigenen Therme wird außen wie innen auf über 3.000 m² Einzigartiges geboten: Naturbade-
teich, Saunen, Ruheoase, Aquameditation und Feminarium.

Die angeschlossene Heiltherme bietet auf 25.000m² Wellness in großem Stil, mit 7 Thermalwasserbecken, 12 Saunen, Gesundheitsprogramm und Wellnesspark.

Im Styrian Spa genießt man Massagen und Beautyanwendungen, u.a. nach „Traditionell Steirischer Medizin®“ (TSM®). Lassen Sie sich verwöhnen in der „Quelle der Ruhe“!

Weitere Infos und Angebote:

Heiltherme Bad Waltersdorf, Quellenhotel & Spa****

8271 Bad Waltersdorf

Tel: 03333/500-0 • E-Mail: office@heiltherme.at

www.heiltherme.at



Steirische Auszeit

Ihr „Fazit“-Bonus

TOP-Inklusivleistungen:

- 1 Genussmassage mit Styria Sambucusöl oder wahlweise
- 1 Gesichtsmassage mit Lavezsteinen
- Nächtigung im Quellenhotel & Spa**** mit Verwöhn-Halbpension
- Quellenoase – Therme nur für Hotelgäste
- Täglich Heiltherme mit Saunen, Gesundheitsprogramm und Wellnesspark
- Tennis & Squash im Sportaktivpark

Buchen Sie Ihren Aufenthalt bis zum 29.04.2012 unter dem Kennwort „Fazit“ und Sie erhalten diesen Vorteilspreis:



4 Tage/3 Nächte p. P. im DZ

€ 320,00

Heiltherme • Quellenhotel & Spa • Bad Waltersdorf

8271 Bad Waltersdorf • Tel: 03333/500-0

office@quellenhotel.at • www.heiltherme.at